

Macrons nukleare Pläne für Europa



Es waren dramatische Worte in einer perfekt inszenierten Kulisse: Auf dem Stützpunkt Île Longue, direkt vor dem beeindruckenden Bug des Atom-U-Bootes Le Téméraire, hielt der französische Präsident Emmanuel Macron am 2. März 2026 eine Rede an die Nation. Mit ernster Stimme kündigte er den Kauf neuer Raketen, neuer Marschflugkörper und sogar einer neuen U-Boot-Generation an. Zudem werde Frankreich die Zahl seiner Atomwaffen erhöhen – Details dazu seien jedoch ab sofort geheim. Damit steigt Paris in das weltweite nukleare Wettrüsten ein.

Seit den 2000er-Jahren besitzt Frankreich maximal 300 Atomsprengköpfe. Genau diese Zahl hält der Élysée-Palast für nötig, um einen existenzbedrohen-

den Angriff auf die Grande Nation abzuschrecken. Unser Nachbarland hat mehrfach stolz darauf verwiesen, dass es nicht aufrüstet und transparente Informationen über sein Arsenal veröffentlicht. Die beabsichtigte Botschaft war klar: Von Frankreich geht keine Gefahr aus. Doch das ist jetzt vorbei.

Schlüsselrolle für Deutschland

Und noch einen weiteren Paukenschlag hatte Macron im Gepäck: Mit Belgien, Dänemark, Deutschland, Griechenland, Großbritannien, den Niederlanden, Polen und Schweden sind inzwischen zahlreiche europäische Staaten auf sein Angebot einer nuklearen Zusammenarbeit eingegangen (wir berichteten in den *Informationen 192*).

Fotos: Ministère des Armées (links) / Europäische Union (rechts)

Deutschland kommt dabei offenbar eine Schlüsselrolle zu: In einer neuen deutsch-französischen »Nuklear-Steuerungsgruppe« wird unter anderem die Beteiligung der Bundeswehr an französischen Atomübungen geplant.

Im Zentrum vom Macrons Plänen stehen französische Rafale-Kampfflugzeuge, die nukleare Lenk Waffen aus der ASMPA-Familie tragen. Sie könnten künftig vorübergehend auch in europäischen Partnerländern stationiert werden. Besonders brisant daran: Die nuklearen Marschflugkörper sind auch für einen Erstschlag gedacht! Der französische Präsident unterstrich in seiner Rede, dass er einen solchen Ersteinsatz einer Atomwaffe explizit vorsieht – als »unmissverständliche Warnung«, für den Fall, dass ein Gegner drohe, die vitalen Interessen Frankreichs zu verletzen.

Das ist keine Option!

Mit der geplanten atomaren Aufrüstung und der expliziten Bereitschaft zu einem Erstschlag unter-

gräbt Macron das nukleare Tabu und heizt die Eskalationsdynamiken in Europa weiter an. Für Ohne Rüstung Leben ist klar: An einer solch riskanten Politik darf sich Deutschland nicht beteiligen! Gemeinsam mit unseren Kolleginnen und Kollegen von ICAN France wenden wir uns daher jetzt an die deutsche und die französische Regierung. Wir fordern, die geplante Aufrüstung und die nukleare Zusammenarbeit sofort zu beenden und stattdessen unsere gemeinsame Sicherheit zu stärken – durch Rüstungskontrolle, Abrüstung und das Verbot aller Atomwaffen.

ICAN France wird unsere Forderungen nach Paris tragen. Helfen Sie uns jetzt, auch aus Deutschland ein starkes Signal zu senden. Schicken Sie unsere Forderungen an François Delattre, den französischen Botschafter in Berlin, und an Bundeskanzler Friedrich Merz. Gemeinsam machen wir deutlich: Atomare Aufrüstung in Europa ist für uns keine Option!

Simon Bödecker

Ceci n'est pas une option!

Aktionspostkarten an den Botschafter von Frankreich und den Bundeskanzler



Frankreichs Präsident Macron will nuklear aufrüsten und sieht sogar den Einsatz einer Atomwaffe als »Warnung« vor. An dieser gefährlichen Politik darf sich Deutschland nicht beteiligen. Senden Sie daher jetzt unsere Aktionspostkarten an den Botschafter von Frankreich und den Bundeskanzler. Sagen Sie mit uns »Ja« zu atomarer Abrüstung in Europa und »Nein« zur deutsch-französischen Atomwaffen-Kooperation!

Kostenlose Aktionspostkarten erhalten Sie bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Tel. 0711 608396, orl-info@gaia.de.

Diese Aktion finden Sie auch unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

<p>Absender/-in</p> <p>Name _____</p> <p>Straße _____</p> <p>PLZ, Ort _____</p> <p>Exzellenz,</p> <p>ich schätze die enge Freundschaft zwischen Frankreich und Deutschland. Die geplante nukleare Kooperation und gemeinsame Atomwaffen-Übungen lehne ich jedoch ab!</p> <p>Ich bin sehr besorgt über die atomare Aufrüstung in Frankreich und darüber, dass Präsident Macron sogar den Einsatz einer Atomwaffe als »Warnung« vorsieht.</p> <p>Für unsere gemeinsame Sicherheit braucht es Rüstungskontrolle, Abrüstung und das Verbot aller Atomwaffen. Bitte setzen Sie sich jetzt mit Nachdruck dafür ein!</p> <p>Mit ausgezeichnetem Hochachtung</p> <p>_____</p> <p style="text-align: right;">Datum, Unterschrift</p>	<p>Bitte mit 95 Cent freimachen</p> <p>Seiner Exzellenz dem Botschafter von Frankreich Monsieur François Delattre Pariser Platz 5 10117 Berlin</p>
---	--



»72 Prozent der Schweizer befürworten den Beitritt«

Interview mit Joris Fricker, politischer Sekretär der Gruppe Schweiz ohne Armee (GSoA)

Die humanitären Folgen von Atomwaffen machen nicht vor Grenzen halt – die Arbeit für eine atomwaffenfreie Welt jedoch auch nicht! In einer losen Reihe stellen wir Ihnen Menschen aus anderen europäischen Ländern vor, die sich mit uns für atomare Abrüstung einsetzen. Diesmal sprachen wir mit Joris Fricker über einen freudigen Anlass: Die Schweizer »Allianz für ein Atomwaffenverbot« hat die nötigen Unterschriften für eine Volksabstimmung gesammelt.

Lieber Joris, herzlichen Glückwunsch zu 105.674 gültigen Unterschriften für eine Volksabstimmung über den Beitritt der Schweiz zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Wie ist es euch gelungen, so viele Menschen zu überzeugen?

Vielen Dank! Volksinitiativen sind in der Schweiz ein unglaublich tolles Mittel, um die Stimmbevölkerung dazu zu bringen, über dein Anliegen zu diskutieren und zu befinden. Jedoch lanciert man eine Initiative erst dann, wenn man sich ziemlich sicher ist, dass der dadurch ausgelöste Diskurs dringend nötig ist und das Anliegen breite Unterstützung findet. Beides ist bei der Atomwaffenverbots-Initiative fraglos der Fall. Entsprechend haben wir vor zwei Jahren begonnen, eine breite Allianz aufzubauen und auf Unterschriftenjagd zu gehen. Die Sammlung auf der Straße war ein Kinderspiel – wer will schon Atomwaffen? Aber die fehlende Medienaufmerksamkeit verhinderte eine Massenmobilisierung. Nichtsdestotrotz: Die Unterstützung, die mit diesen 105.674 gültigen Unterschriften schwarz-auf-weiß vorliegt, gibt Mut und macht stolz.

Wie wird es mit der Abstimmung jetzt weitergehen?

Anfang April hat unsere Regierung – der Bundesrat – erstmals Stellung zu unserer Initiative genommen. Er lehnt unser Anliegen ab, so wie er dies seit Jahren ohne stichhaltige Argumente tut. Sonst hätten wir unsere Initiative ja gar nicht erst lancieren müssen. Im Moment wird die sogenannte bundesrätliche Botschaft erarbeitet. Danach kommt



das Anliegen in die parlamentarische Beratung und wird dort noch einige Runden drehen. Dass vom Parlament ein Gegenvorschlag gezimmert wird, scheint hier themenbedingt eher unrealistisch. Sobald das Parlament abschließend darüber debattiert hat, wird die Initiative vor das Stimmvolk kommen. Wir rechnen mit allerfrühestens Ende 2027.

Wie stehen denn die Chancen, dass die Mehrheit für einen Beitritt zum AVV stimmen wird?

Eine repräsentative Umfrage des Instituts Demoscope vom November 2025 zeigt: 72 Prozent der Schweizer Stimmberechtigten befürworten den Beitritt zum Atomwaffenverbot; mit Mehrheiten quer durch alle Parteien. Die Unterstützung ist in der Deutsch- wie in der Westschweiz, in städtischen

Mitglieder des ICAN-Teams werben in Genf für die Initiative
Foto: ICAN



Joris Fricker
Foto: VOLLTOLL /
Manuel Lopez

wie in ländlichen Gebieten gleich hoch. Diese Ausgangslage stimmt uns optimistisch. Es gilt jedoch zu bedenken, dass die »Aufrüstungsturbo« bestimmt eine Menge Geld in einen so friedenspolitisch wegweisenden Abstimmungskampf pumpen werden. Das wäre ein Kampf David gegen Goliath. Sollte die Atomwaffenverbots-Initiative jedoch angenommen werden, so ist das bindend. Denn der vorgeschlagene

Text würde telquel (»unverändert«, Anm. d. Red.) in die Bundesverfassung übernommen. Damit hat der Bundesrat diesmal keine Chance, mit einer billigen Ausrede davonzukommen.

Die Schweiz hat 2017 den AVV bei den Vereinten Nationen mit ausgehandelt. Warum will der Bundesrat jetzt trotzdem nicht beitreten?

Der Bundesrat hat seine Argumentationslinie ziemlich geschärft. Während er sich die letzten Jahre stets im Eiertanz übte und etwa meinte, er wolle sich »alle sicherheitspolitischen Kooperationen« offenlassen, so spricht er heute eine klarere Sprache. Die NATO-Zusammenarbeit wird nun offiziell höher gewichtet als das Völkerrecht, welches die Schweiz eigentlich aus Eigeninteresse stärken müsste. Ich erlaube mir ein Zitat aus der aktuellen Stellungnahme des Bundesrates: »Ein Beitritt würde die sicherheitspolitische Zusammenarbeit mit wichtigen

Partnerstaaten erschweren und die außenpolitische Handlungsfähigkeit der Schweiz einschränken«. Oder ausgedeutet: Die Schweizer »Sicherheitspolitik« ist offenbar mit der ungebremsten nuklearen Aufrüstung besser kompatibel als mit den Bemühungen für nukleare Abrüstung. Das ist außerordentlich bedenklich.

Bitte erzähle uns mehr über die Arbeit der GSoA. Was sind eure Ziele, wie verfolgt ihr sie?

Wir haben in den letzten 18 Monaten mit der Atomwaffenverbots-Initiative, dem Zivildienst-Referendum und dem Kriegsmaterial-Referendum summiert über 250.000 Unterschriften gesammelt. All diese Anliegen werden in den nächsten ein bis zwei Jahren zur Volksabstimmung gelangen. Das heißt, wir können im besten Fall dafür sorgen, dass die Schweiz dem AVV beitrifft, die Schwächung des Zivildienstes zu Gunsten der Armee verhindern und der massiven Lockerung des Kriegsmaterialgesetzes eine Abfuhr erteilen. Im Moment sind wir durch knappe Ressourcen und den dichten Takt der Aufrüstung ziemlich fremdbestimmt. Wir hoffen, mit guten Kampagnen bei den erwähnten Projekten neuen Schwung und Mut zu schöpfen, um unsere noch viel größeren Ideen anzupacken.

Dafür viel Erfolg und merci vielmals für das Gespräch!

Die Fragen stellte **Simon Bödecker**

atomwaffenverbot.ch

Am 23. Dezember 2025 wurden die Unterschriften in Bern eingereicht
Foto: VOLLTOLL /
Manuel Lopez



Was Atomwaffen anrichten – und warum wir sie verbieten sollten

Atomwaffen sind die gefährlichsten Waffen, die jemals von Menschen entwickelt wurden. Moderne thermonukleare Sprengköpfe erreichen eine Zerstörungskraft von deutlich mehr als zwanzig Hiroshima-Bomben. Sie können Millionen Menschen binnen Sekunden auf grausame Weise verbrennen und ganze Landstriche für Jahrzehnte verstrahlen. Dass einzelne Regierungen über diese unvorstellbare Macht verfügen, sorgt für ein Klima der Bedrohung und Ungerechtigkeit. Doch es gibt einen Ausweg.

Steigende Gefahr eines Atomkrieges

Befürworter der »nuklearen Abschreckung« argumentieren, dass die Androhung vollständiger gegenseitiger Zerstörung Kriege verhindert. Doch angesichts der weltweiten geopolitischen Umbrüche über-

zeugt diese Sicht immer weniger: Ein großer Teil der neun Atommächte ist in Kriege oder anhaltende Konflikte verwickelt. Mehrere von ihnen (darunter die USA und Russland) schließen einen nuklearen Ersteinsatz nicht aus. Dadurch – und durch den zunehmenden Einsatz von KI – wächst das Risiko einer Fehleinschätzung oder eines Missverständnisses. Rund 2.100 nukleare Sprengköpfe stehen für einen sofortigen Einsatz bereit. Sie könnten jederzeit eine unumkehrbare Kettenreaktion auslösen und so das Ende der menschlichen Zivilisation herbeiführen.

Völkerrechtlich und ethisch nicht akzeptabel

»Nukleare Abschreckung« setzt die Bereitschaft voraus, Massenvernichtungswaffen gegen die Bevölkerung eines anderen Landes einzusetzen. Das jedoch lässt sich weder völkerrechtlich noch

Test einer nord-koreanischen Interkontinentalrakete
Foto: picture-alliance



Anzahl der Atomsprengeköpfe weltweit

Stand: Januar 2025

Russland	5.459
USA	5.177
China	600
Frankreich	290
Großbritannien	225
Indien	180
Pakistan	170
Israel	90
Nordkorea	50

Quelle: Friedensforschungsinstitut SIPRI
Foto: gemeinfrei

ethisch rechtfertigen. Der Internationale Gerichtshof kommt in seinem Gutachten von 1996 zu dem Schluss, dass die Drohung mit Atomwaffen und ihr Einsatz grundsätzlich mit dem humanitären Völkerrecht unvereinbar sind. Nukleare Massenvernichtungswaffen lassen keine Unterscheidung zwischen Zivilbevölkerung und Kämpfenden zu. Den betroffenen Menschen wird unnötiges Leid zugefügt; den Überlebenden sogar über Generationen hinweg. Doch obwohl sich die fünf größten Atomwaffenstaaten in Artikel 6 des Nichtverbreitungsvertrages (NVV) zu vollständiger Abrüstung verpflichtet haben, bleiben konkrete Schritte aus. Im Gegenteil: Allein 2024 investierten die Atommächte 100 Milliarden US-Dollar in ihre Arsenale. Zudem wurden alle maßgeblichen Rüstungskontrollverträge – zuletzt der NewSTART – gekündigt oder beendet.

Unsere Lösung: Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag

Um dieser gefährlichen Entwicklung entgegenzutreten, haben zahlreiche atomwaffenfreie Staaten und die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) selbst die Initiative ergriffen. Und sie haben das scheinbar Unmögliche erreicht: Seit 2021 ist der UN-Atomwaffenverbotsvertrag (AVV) in Kraft. Er verbietet allen Mitgliedsstaaten Entwicklung, Besitz, Weitergabe, Stationierung, die Drohung mit und den Einsatz von Kernwaffen. Damit setzt er der Untätigkeit der Atommächte eine starke völkerrechtliche Norm entgegen, stigmatisiert den Besitz von Atomwaffen und baut internationalen Druck auf. Fast 100 Staaten sind dem Vertrag bereits beigetreten oder haben unterzeichnet – und es werden stetig mehr. Der AVV lenkt auch den Blick auf die humanitären Folgen der über 2.000 Atomtests. Millionen Menschen sind davon

betroffen – die meisten im Globalen Süden und darunter überproportional viele Frauen und Mädchen. Für sie sieht der Vertrag Unterstützungsmaßnahmen vor und gibt ihnen erstmals die Möglichkeit, ihrer Forderung nach Gerechtigkeit international Gehör zu verschaffen.

Was wir von der deutschen Politik fordern

Deutschland hat in besonderem Maße von Vertrauensaufbau und nuklearer Abrüstung in der letzten Phase des Kalten Krieges profitiert. Gleichzeitig jedoch setzt die Bundesregierung weiter auf die »nukleare Teilhabe« der NATO. Dafür stellt die Bundeswehr Bomber und Piloten bereit, die im Kriegsfall die in Büchel (Eifel) stationierten US-Atombomben einsetzen sollen. Zusätzlich will sich Berlin im Rahmen einer »Atomwaffen-Kooperation« künftig an französischen Nuklearmanövern beteiligen.

Ohne Rüstung Leben setzt sich für eine Welt ein, in der niemand mehr Angst vor Atomwaffen und ihren Auswirkungen haben muss:

- Wir klären über die existenziellen Risiken von Nuklearwaffen auf. So wollen wir diese als Mittel der Politik delegitimieren.
- Wir bringen konkrete Schritte der Deeskalation und Rüstungskontrolle ins Gespräch. So zeigen wir, was getan werden kann, um dem Ziel einer Welt ohne Atomwaffen näher zu kommen.
- Als deutscher ICAN-Partner fordern wir von Abgeordneten und Bundesregierung einen Beitritt zum UN-Atomwaffenverbotsvertrag.

Simon Bödecker, April 2026

Aktuelle Informationen zum Thema: www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/atomwaffenverbot.



In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, E-Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruestung-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruestung-leben.de/spenden.

Aufschrei zeigt Wirkung

Neuer Wehrdienst: Genehmigungspflicht für Auslandsaufenthalte gekippt

Weitgehend unbemerkt hat die Bundesregierung im neuen Wehrdienst-Gesetz verfügt, dass Männer zwischen 17 und 45 Jahren jeden Auslandsaufenthalt über drei Monate durch die Bundeswehr genehmigen lassen müssen.

Auslandssemester? Weltreise? Workation? All das sollte nur noch mit dem Segen der Bundeswehr möglich sein. Eine gravierende Beschränkung der persönlichen Freiheitsrechte! Doch die Öffentlichkeit wurde nicht einmal darüber informiert. Welche Arroganz gegenüber jenen, die Berlin doch eigentlich überzeugen will, das Land mit der Waffe in der Hand zu verteidigen.

Zurecht folgte ein riesiger Aufschrei. Verteidigungsminister Boris Pistorius versuchte daraufhin hastig, die Scherben zusammenzukehren und setzte die Genehmigungspflicht mit einer Verwaltungsvorschrift wieder aus. Das macht Mut: Ganz offensichtlich sind die jungen Menschen nicht bereit, ihre Freiheit zum Spielball der Militarisierung machen zu lassen. Und ihr Protest zeigt Wirkung. Diese Energie und Aufmerksamkeit gilt es jetzt zu bewahren!

Simon Bödecker

Unseren ausführlichen Kommentar zum Thema finden Sie unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten.



Foto: Alexander Kubitzka

Protest gegen Mittelstreckenwaffen

Demonstrationen am 30. Mai 2026 in Wiesbaden und Grafenwöhr

Landgestützte Raketen und Marschflugkörper erhöhen das Risiko einer Eskalation und gefährden uns alle. Wir fordern ein Europa ohne Mittelstreckenwaffen!

Für Samstag, den 30. Mai 2026, ruft Ohne Rüstung Leben daher gemeinsam mit der Kampagne »Friedensfähig statt erstschlagfähig« und vielen Partnerorganisationen zu zwei großen Demonstrationen auf. Im Zentrum stehen dabei die US-Kommandos in Wiesbaden und der potenzielle Stationierungsort Grafenwöhr in der Oberpfalz.

Demonstration in Wiesbaden

- Beginn 12:30 Uhr am Hauptbahnhof
- Abschlusskundgebung 14:30 Uhr am Kranzplatz

Kundgebung in Grafenwöhr

- Beginn 13:00 Uhr im Stadtpark

Kommen Sie zu den Protesten und senden Sie mit uns ein deutliches Signal an Politik und Öffentlichkeit!

Mehr Informationen unter: www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/mittelstreckenwaffen



Konzerne zur Rechenschaft gezogen

40 Jahre Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre



Foto: picture alliance

Seit vier Jahrzehnten betreiben die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre wirksame Konzernkritik mit Recherchen, Hintergrundberichten und unbequemen Nachfragen bei Hauptversammlungen. Im Jubiläumsjahr sind verschiedene Veranstaltungen geplant – Ohne Rüstung Leben ist mit dabei.

Der Grundstein wurde 1986 gelegt, als zunächst 13 Aktivistinnen und Aktivisten beschlossen, sich nicht länger mit schönen Worten abspesen zu lassen. Seitdem sind die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre auf Hauptversammlungen präsent. Sie stellen Fragen, fordern Rechenschaft und Transparenz zu Themen wie Rüstungs-

exporte, Klimaschutz, Atomausstieg, Frauen in Führungspositionen oder Menschenrechte in Lieferketten. Ohne ihre Arbeit wären viele dieser Aspekte nie in der Öffentlichkeit angekommen.

Ohne Rüstung Leben arbeitet seit Jahrzehnten mit

Das Prinzip dahinter: Wer auch nur eine Aktie eines Unternehmens besitzt, hat ein Rede-, Frage- und Stimmrecht auf dessen jährlichen Hauptversammlungen. Diesen Umstand machen sich die Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre zunutze und kaufen Aktien, beispielsweise von Rüstungskonzernen, um Vorstand und Aufsichtsrat öffentlich mit

ihren Forderungen zu konfrontieren. Ohne Rüstung Leben ist Mitglied im Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und seit Anfang der 1990er-Jahre aktiv dabei – zunächst mit einem Fokus auf Daimler-Benz.

Bis heute sind wir jedes Jahr bei Hauptversammlungen von Rüstungsunternehmen präsent. So konfrontierten wir 2025 die Führungsriege von Rheinmetall mit unserer Kritik an ihrem weltweiten Expansionskurs, deckten die fehlende Transparenz im Geschäft mit Militärfahrzeugen von Daimler Truck auf und lenkten die Aufmerksamkeit auf fragwürdige Aktivitäten von Heckler & Koch auf dem US-Zivilmarkt.

Veranstaltungen im Jubiläumsjahr

In seinem Jubiläumsjahr zieht der Dachverband Bilanz – unter anderem mit Veranstaltungen zu verschiedenen Themen. In diesem Rahmen werden Charlotte Kehne (Ohne Rüstung Leben), Barbara Happe (Greenpeace) und Jürgen Grässlin (RüstungsInformations-Büro) am 9. Oktober 2026 in Freiburg über das Thema »Zeitenwende – Rüstungsindustrie im Aufschwung – mit fatalen Konsequenzen« sprechen.

Charlotte Kehne und Simon Bödecker

www.kritischeaktionaeere.de/40-jahre

Im Schatten des Rüstungsbooms

Unsere Kritik an Rheinmetall, Daimler Truck und Hensoldt

Die weltweite Hochrüstung beschert der Waffenindustrie Einnahmen in Rekordhöhe. 23 der 26 größten europäischen Rüstungsunternehmen verzeichnen laut dem Friedensforschungsinstitut SIPRI steigende Umsätze; die Rheinmetall AG sogar einen gravierenden Anstieg um 47 Prozent. Die Schattenseiten der Branche geraten darüber schnell aus dem Blick.

Als Kritische Aktionärinnen und Aktionäre konfrontieren wir Daimler Truck (6. Mai), Rheinmetall (12. Mai) und Hensoldt (22. Mai 2026) auf ihren Hauptversammlungen mit unserer Kritik. In Redebeiträgen und Gegenanträgen holen wir die

Schattenseiten der Konzerne ans Licht. So will Daimler Truck seine Produktion von Militärfahrzeugen stark ausbauen und setzt dabei auf fragwürdige Partner in Frankreich und lokale Montage in Ländern wie dem Senegal. Rheinmetall treibt trotz unzähliger Aufträge aus Deutschland und Europa seinen weltweiten Expansionskurs weiter voran. Und Hensoldt hilft Autokraten beim Aufbau eigener Rüstungskapazitäten.

In unserem Briefing *Im Schatten des Rüstungsbooms* stellen wir diese und weitere Kritikpunkte umfassend dar.

Charlotte Kehne



Kostenlose Exemplare des Briefings (DIN A4, 8 Seiten) erhalten Sie bei unserer Geschäftsstelle oder unter www.ohne-ruestung-leben.de/nachrichten/kritische-aktionaeere.

Ein Vorgeschmack auf die DSEI



Neuigkeiten von der Hannover Messe – Deutschlands größter Industriemesse. Dort wurde im April 2026 erstmals der Rüstungsbereich »Defense Production Area« präsentiert. Ein Vorgeschmack auf die Rüstungsmesse DSEI Germany, die im März 2027 in Hannover stattfinden soll.

Ohne Rüstung Leben hat dies zum Anlass genommen, gemeinsam mit Kooperationspartnern

erneut eine Absage der DSEI zu fordern. Zudem wandten wir uns mit einem Brief an den niedersächsischen Wirtschaftsminister Grant Hendrik Tonne und den Oberbürgermeister von Hannover Belit Onay, die derzeit dem Aufsichtsrat der Deutschen Messe AG vorstehen. Wir unterstrichen unsere Kritik an der DSEI und wiesen auf die Gefahr hin, dass einer Ausstellung die Bühne bereitet werde, bei der gegen völker- und

menschenrechtliche Mindeststandards verstoßen wird.

Unterstützen Sie jetzt unsere Aktion »Rüstungsmesse DSEI verhindern!«. Bestellen Sie Aktionsmaterialien und senden Sie unseren Protestbrief an die Deutsche Messe AG. Mehr unter www.ohne-ruestung-leben.de/mitmachen.

Charlotte Kehne



Nachhilfestunden in Madrid

Wie die Bundesregierung die
Stärke des Völkerrechts aushöhlt

Spaniens Ministerpräsident Pedro Sánchez und UN-Generalsekretär António Guterres
Foto: Spanische Regierung, Ministerio de la Presidencia

Ein US-Präsident, der unverhohlen mit dem Untergang einer Zivilisation droht. Ein israelischer Verteidigungsminister, der hunderttausenden Vertriebenen im Südlibanon die Rückkehr in ihre Heimat verwehren will. Und ein iranisches Regime, das ankündigt, Proteste der eigenen Bevölkerung »noch härter« als im Januar 2026 niederzuschlagen. Dies sind nur drei der jüngsten Beispiele für eine fortschreitende Entgrenzung von Macht und Politik. Dass die Bundesregierung darauf keine klare Antwort findet, sollte uns größte Sorgen bereiten!

Das Völkerrecht ist »der zentrale normative Rahmen, in dem Ansprüche auf Gleichheit, Gerechtigkeit, Würde und Schutz vor Gewalt artikuliert, verhandelt und – zumindest teilweise – durch-

gesetzt werden können«, betont der Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck. In seinem aktuellen Buch *Die Stärke des Rechts vs. Das Recht des Stärkeren* hat er sich intensiv mit der Frage beschäftigt, ob und wie das internationale Recht in Zukunft bestehen kann. Eine Frage, die auch für Deutschland von zentraler Bedeutung ist. Denn wenn wir nicht zum Spielball der Großmächte werden wollen, muss unser Land sich aktiv für die einzige Alternative einsetzen: Die Bewahrung und Weiterentwicklung der internationalen Rechtsordnung.

Die Dreistigkeit, sich über das Recht zu stellen

Das Völkerrecht ist nicht perfekt. Es hat auch keinen Weltfrieden gebracht. Aber wir verdanken ihm unter anderem weltweite Standards für die Menschenrechte, Grundprinzipien der internationalen Zusammenarbeit und den Schutz der Zivilbevölkerung in Kriegen. Umso gefährlicher ist die Wucht, mit der das Völkerrecht in den letzten Jahren angegriffen, geradezu verächtlich gemacht wird. Die Dreistigkeit, mit der einige Staaten und ihre Regierungen sich über das Recht stellen, ist auch deshalb so fatal, weil sie damit durchzukommen scheinen. Die internationale Rechtsordnung ist jedoch darauf angewiesen, dass Verstöße nicht folgenlos bleiben. Dafür müssen möglichst viele Staaten gemeinsam ihre einheitliche und konsequente Einhaltung einfordern.



Man darf auf eine Unrechtmäßigkeit nicht mit einer eigenen Unrechtmäßigkeit reagieren, denn so beginnen die großen Katastrophen der Menschheit.

Pedro Sánchez,
spanischer Ministerpräsident

»Spanien steht für das Völkerrecht«

Aus diesem Grund wiegen die Doppelstandards der Bundesregierung so schwer: Den Angriffskrieg auf die Ukraine benennt diese zurecht als völkerrechtswidrig und ist bereit, Russland zu sanktionieren. Auch die Menschenrechtsverletzungen des Iran verurteilt sie deutlich. Angesprochen auf die Angriffe der USA und Israels gegen den Iran – bei denen unter anderem 170 Menschen in einer Mädchenschule getötet worden waren – erklärte der Bundeskanzler jedoch, völkerrechtliche Einordnungen würden »relativ wenig bewirken«. Er werde seine Partner daher nicht »belehren«. Das ist eine politische Bankrotterklärung.

Dabei machen Andere vor, was möglich ist: Staaten wie Italien oder Österreich haben den USA ihren Luftraum für militärische Flüge aus oder in Richtung Golfregion verweigert. Spanien positioniert sich besonders deutlich und untersagt der Regierung von Donald Trump auch die Nutzung gemeinsamer Militärbasen auf spanischem Territorium für Angriffe gegen den Iran. Selbst nach massiven Drohungen aus Washington blieb Ministerpräsident Pedro Sánchez bei seinem klaren »Nein zum Krieg«. Spanien stehe für das Völkerrecht, betonte er.

Beihilfe zum Völkerrechtsverstoß?

Worte, die in dieser Klarheit auch der Berliner Koalition gut zu Gesicht stünden. Schließlich warnen die Wissenschaftlichen Dienste des Bundestages, es sei nicht ausgeschlossen, dass Deutschland eine Beihilfe zum Völkerrechtsbruch leistet. Es spricht viel dafür, dass die USA für ihre Angriffe auf den Iran auch die hiesigen US-Militärbasen nutzen, etwa in Ramstein. Dazu dürfen Regierung und Parlament nicht schweigen! Ohne Rüstung Leben fordert die Bundesregierung und den Bundestag auf, sich eindeutig zum Völkerrecht zu bekennen, jeden Verstoß dagegen gleichermaßen zu verurteilen und Konsequenzen daraus zu ziehen.

Derzeit pocht die Regierung Merz je nach eigenen Interessen mal vehement auf das Völkerrecht, mal ignoriert sie es. Mit einer solchen Klientelpolitik sägt Deutschland am Fundament der internationalen Rechtsordnung. Und ermutigt weitere Staaten, selbst auch die Regeln nach eigenem Interesse auszulegen. Damit es nicht so weit kommt, sollte Friedrich Merz dringend Nachhilfestunden in Madrid nehmen!

Charlotte Kehne und Simon Bödecker

Transparent und wirkungsvoll: Ihre Spende für Ohne Rüstung Leben

Abrüstung und Friedensförderung brauchen starke, unabhängige Stimmen – gerade jetzt! Unsere Kampagnen und Analysen erreichen jedes Jahr zehntausende Menschen. Wir informieren verlässlich und bringen neue Perspektiven in gesellschaftliche Debatten ein.

Transparenz ist eine der Säulen unserer Arbeit! Deshalb erfüllen wir die Kriterien der Initiative Transparente Zivilgesellschaft. Im Bereich »Über uns« auf unserer Webseite und in unseren Jahresberichten können Sie detailliert nachvollziehen, wie wir arbeiten und unsere Mittel einsetzen.

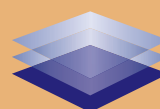
Dabei wird auch deutlich: Mehr als 85 Prozent der Arbeit von Ohne Rüstung Leben werden aus Spenden finanziert! Ihre Unterstützung trägt also direkt dazu bei, konkrete Projekte umzusetzen und unsere Unabhängigkeit zu sichern. Das ist wichtiger denn je! Denn unsere Arbeit wird dringend gebraucht, aber durch steigende Kosten immer schwieriger zu finanzieren.

So können Sie uns unterstützen:

- Mit einer **Einzelspende für Ohne Rüstung Leben** tragen Sie unmittelbar zu unseren aktuellen friedenspolitischen Aktionen und Projekten bei.
- Eine **regelmäßige Spende** per Dauerauftrag oder SEPA-Lastschrift-Mandat gibt uns Planungssicherheit und stärkt unsere Arbeit nachhaltig.
- Wenn Sie uns mit einem **Vermächtnis oder einer Erbschaft** berücksichtigen, wirken Sie langfristig für eine friedlichere und gerechtere Zukunft.

www.ohne-ruestung-leben.de/spenden

Wir erfüllen die Anforderungen der



Initiative
Transparente
Zivilgesellschaft

Liebe Leserin, lieber Leser,

im vergangenen Monat war ich als einer von zwei deutschen Delegierten zur Kampagnen-Konferenz der europäischen ICAN-Partner nach Lyon eingeladen. Aus ganz Europa kamen dort Menschen zusammen, die sich in ihren Ländern für das UN-Atomwaffenverbot stark machen – jung, engagiert und professionell. Wir tauschten uns über Erfahrungen aus und planten gemeinsam die nächsten Schritte. So konnte ich unter anderem ICAN France als Partner für unsere neue Aktion gewinnen (Seite 2).

Ganz deutlich war in Lyon zu spüren: Mit Aufklärung, hartnäckigen Kampagnen und europaweiter Zusammenarbeit kann die Zivilgesellschaft viel bewegen. Auf dem Heimweg hatte ich unzählige inspirierende Berichte und Ideen im Gepäck.

Dass Ohne Rüstung Leben eine so zentrale Rolle in der Friedensarbeit einnehmen kann, ist nur durch Ihre Spenden möglich. Mein großer Dank gilt daher allen Menschen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen – und jenen, die vielleicht jetzt damit beginnen (Seite 11).

Eine anregende Lektüre wünscht

Ihr Simon Bödecker



Foto: Erlend Haugen

Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart
ZKZ 7014 CLASSIC+4 PRESSEPOST Deutsche Post

Impressum
Herausgeber
Ohne Rüstung Leben
Arndtstraße 31
70197 Stuttgart
Telefon 0711 608396
E-Mail orl@gaia.de
www.ohne-ruestung-leben.de

Verantwortlicher Redakteur
Simon Bödecker

Auflage
15.000

Informationen zum Datenschutz
www.ohne-ruestung-leben.de/datenschutz

Redaktionsschluss
28. April 2026



Inhalt

- 1 | Titel**
Macrons nukleare Pläne für Europa
- 2 | Aktion**
Aktionspostkarten an den Botschafter von Frankreich und den Bundeskanzler
- 3 | Hintergrund**
»72 Prozent der Schweizer befürworten den Beitritt« – Interview mit Joris Fricker (GSoA)
- 5 | kompakt**
Atomare Abrüstung
- 7 | Aktion**
Neuer Wehrdienst: Aufschrei zeigt Wirkung
- 7 | Aktion**
Protest gegen Mittelstreckenwaffen

- 8 | Aktuell**
40 Jahre Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre
- 9 | Aktion**
Unsere Kritik an Rheinmetall & Co
- 9 | Aktion**
Hannover Messe: Ein Vorgeschmack auf die DSEI
- 10 | Aktuell**
Nachhilfestunden in Madrid
- 11 | Aktuell**
Ihre Spende: Transparent und wirkungsvoll

Spenden

Ohne Rüstung Leben
IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41
BIC GENODEFIEK1 | Evangelische Bank
www.ohne-ruestung-leben.de/spenden